Die kaltgestellten Gemeindebeamten.

Müßiggänger wider Willen.

P. M. Der durch die finanzielle Notlage der Berliner Gemeinde erforderlich gewordene Beamtenabbau zieht auch die Beamten der früheren Berliner Gemeinden, die durch das Gesetz vom 27. April 1920 ausgeschaltet wurden, in Mitleidenschaft. Schon als das Groß-Berliner Gesetz durchberaten wurde, mußte es als ein Schönheitsfehler angesehen werden, daß durch den Umbau der kommunalen Verwaltung zahlreiche durchaus leistungsfähige Beamte in maßgebenden Stellungen als überflüssig pensioniert werden sollten. Die parteipolitische Ausnützung des Gesetzes hat die Verwirrung noch vergrößert. Während auf der einen Seite wohlqualifizierte Beamte vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden mußten, wurden auf der anderen Seite neue Verwaltungsbeamte in großer Zahl berufen, deren Leistungsfähigkeit stark umstritten war. Wir wollen in diesem Zusammenhang keine Namen nennen, aber alle Welt weiß, daß die neue Groß-Berliner Gemeinde so manchen Stadtrat oder sonstigen höheren Verwaltungsbeamten auftauchen sah, der den alten altgestellten Beamten nicht das Wasser reichen konnte. Durch den unvermeidlichen Beamtenabbau sind diese Zustände vollends unerträglich geworden. Man muß notwendigerweise die Frage aufwerfen, ob es verantwortet werden kann, daß zahlreiche frühere Beamte der Berliner Gemeinden, die aus irgendeinem Grunde von Groß-Berlin nicht übernommen wurden, künftig noch müßig spazieren gehen sollen.

Auf einen in unserer Nummer 588 vom 21. Dezember veröffentlichten Artikel über die Nöte der Beamten hatten wir auch auf diesen Mißstand hingewiesen. Aus den Reihen der früheren Gemeindebeamten sind uns darauf einige Zuschriften zugegangen, aus denen sich ergibt, daß auch diese altgestellten Beamten selbst ihr Schicksal beklagen und nach angemessener Tätigkeit drängen. Wir möchten dabei von vornherein den Eindruck zerstreuen, als hätten wir diese altgewährten Beamten als „Drückeberger" hingestellt. Davon kann nicht im entferntesten die Rede sein. Wir wissen nur zu gut, daß sie sehr gegen ihren Willen ausgeschaltet wurden. Einige von ihnen haben allerdings die letzten Jahre benutzen können, um sich eine neue Lebensstellung zu schaffen. Sie haben in der Industrie oder dem Handel, als Rechtsanwälte oder Parlamentarier Beschäftigung und neben ihrem Gehalt ein weit höheres Einkommen gefunden; und mit dieser Kategorie braucht man nicht gerade soziales Mitgefühl zu empfinden. Aber die anderen, die in der Mehrzahl sind, leiden schwer unter dem Zwitterzustande, in dem sie sich befinden. So schreibt uns der Direktor eines statistischen Amts einer früheren sehr angesehenen Vorortgemeinde:

„Ich gehöre zu den durch die Bildung der Gemeinde Groß-Berlin zur Untätigkeit verurteilten Beamten. Die Bürgerschaft scheint der Meinung zu sein, daß wir diesen Zustand der Untätigkeit bei Weiterbezug des Gehalts als ideal empfinden. Zunächst haben wir einen Rechtsanspruch auf die Weiterzahlung des Gehalts, und die Verfassung garantiert uns Beamten ausdrücklich unsere wohlerworbenen Rechte. Aber — und das ist ebenso wichtig — der Beamtenvertrag gibt uns nicht nur den Rechtsanspruch auf Gehalt, Pension bhw., sondern auch den auf Beschäftigung, das Recht auf Arbeit. Dieser sittliche Wert der Arbeit wiegt für mich ebenso schwer wie der Anspruch auf Gehalt. Sie dürfen überzeugt sein, daß viele meiner Kollegen unter dieser jetzt schon zwei Jahre währenden Untätigkeit seelisch schwer leiden. Der Magistrat Berlin und die Bezirksversammlungen hätten schon im Interesse der Gemeindefinanzen die Pflicht, uns eine angemessene Beschäftigung zu geben. Diese Pflicht haben sie in gröbster Weise vernachlässigt."

Diesen Ausführungen, die für sich selbst sprechen, möchten wir noch eine weitere Zuschrift anfügen, die von dem früheren stellvertretenden Bürgermeister eines westlichen Außenbezirks herrührt. Der Schreiber ist ein guter Demokrat, der nicht den Sozialdemokraten, sondern den Parteien der Rechten, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, zum Opfer fiel. Er schreibt uns:

„Freiwillig und freudigemut sind diese Beamten wahrlich nicht aus ihren Aemtern geschieden. Zum großen Teil hatten sie sich auch der neuen Verwaltung zur Verfügung gestellt, aber sie wurden meist aus politischen Gründen nicht gewählt, sondern in starker Zahl Personen, deren Qualifikation sehr viel zu wünschen übrig ließ, wie es auch seinerzeit das „Berliner Tageblatt" bedauernd festgestellt hat. Ich selbst wurde als Demokrat von den Parteien der Rechten als stellvertretender Bürgermeister abgelehnt; die für mich abgegebenen Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten reichten nicht aus. Mit allem Nachdruck erkläre ich, daß dieses zwangsweise Ausschalten von der bisher freudig geleisteten Lebensarbeit von den Betroffenen schwer getragen wurde und getragen wird. Wenn jetzt beim Abbau wieder die Qualifikation zu Ehren kommen soll, vielleicht tauscht man die langjährigen Berufsbeamten gegen die auf Grund ihres parteipolitischen Mitgliedsbuchs qualifizierten Herren ein. Auf dem Verordnungswege geht ja heute alles!"

Wir fürchten, daß es ganz so einfach, wie es hier dargestellt wird, auch auf dem „Verordnungswege" nicht gehen würde. Aber wir glauben allerdings, daß sich ein Weg finden lassen muß, um auch die abgesägten und kaltgestellten Beamten der früheren Berliner Gemeinden wieder zu einer nützlichen Tätigkeit im Dienste Groß-Berlins heranzuziehen. Das liegt ebenso im finanziellen Interesse der Gemeinde wie im Sinne der zur Müßigkeit verurteilten Beamten selbst. Und daß man auf Entgegenkommen dieser Beamten rechnen könnte, das scheint uns aus den angeführten Zuschriften wie aus anderen Mitteilungen von privater Seite mit voller Deutlichkeit hervorzugehen.

*

* Die nächste Barzahlung an die in Groß-Berlin wohnenden **Ruhegehalts-, Wartegeldempfänger** und deren Hinterbliebene sowie an die nach dem Wehrmachtsversorgungsgesetz versorgten Empfänger für die erste Hälfte des Monats Januar 1924 findet am 31. d. M. von 9 bis 1 Uhr statt, und zwar nur von den Versorgungsämtern I bis VI Berlin, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Straße. Die bisher vom Reichspensionsamt gelesteten Zahlungen sind von den Versorgungsämtern übernommen worden.

* Das **deutsch-chinesische vorläufige Wirtschaftsabkommen** vom 27. Juni 1923 ist, nach einem Telegramm aus Reval, im Parlament endgültig angenommenn worden.

HEUTE NEU:

Berliner Tageblatt

Illustrierte Wochen-Ausgabe

für Ausland und Uebersee

U. S. A. - Sondernummer

Aus dem Inhalt.

Die Vereinigten Staaten und Europa von **Dr. Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen. — **Amerikas Erwachen** von unserem **New-Yorker Korrespondenten.** — **Some import hints for the American Importer** by **Arthur E. Dunning,** Executive Secretary Americ. Chamber of Commerce in Germany. — **A frank word to Mr. Hoover** by Oekonomierat **Kaiser** (Berlin). — **Die Voraussetzungen für eine Hilfe durch Amerika** von **Dr. Paul Fleischer, M. d. R.** — **Wie kann Amerika uns helfen?** Eine Umfrage bei deutschen Parlamentariern. — **Amerika und der deutsche Export.** Die Ansicht eines amerikanischen Sachverständigen — **Der amerikanische Weizen** von **Lynkeus** (New-York). — **Studienmaterial für die amerikanische Kinderhilfsaktion. — Deutschland — Amerika. Interessengemeinschaft in der Schiffahrt** (mit Bildern). — **Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.** Ein Rückblick auf die Jahre 1914 bis zur Gegenwart von **Paul Lenk.** — **Die deutsche U.-S.-A.-Presse und das junge Deutschland** von **Fritz Zielesch.** — **Henry Ford und sein Lebenswerk** von **Dr. H.** — **Der deutsche Auswanderer und die U. S. A.** von **Thomas Kupiec** (Terre Haute, Indiana). — **Aeusserungen über die Einwanderungsaussichten** von anderen amerikanischen Bürgern. — **Von der deutschen Bühne: Dramatiker, alte und jüngere** von **Fritz Engel.** — **Amerika und die deutschen Messen.** — **Literarische Rundschau.**

Bei allen Zeitungshändlern zu haben sowie direkt zu beziehen vom

Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW. 19, Jerusalemer Strasse 46–49

Keine Friedensmiete ab 1. Januar.

Der Vorentwurf der dritten Steuernotverordnung.

Als kürzlich in der Presse nähere Angaben über die geplante Abänderung des Reichsmietengesetzes auftauchten, und als unter anderem gesagt wurde, daß vom 1. Oktober 1924 ab wieder die vollen Friedensmieten gezahlt werden sollten, ließ die Regierung erklären, daß es sich dabei um einen überholten Entwurf handele, und daß das Kabinett sich mit der Frage noch gar nicht abschließend beschäftigt habe. Nunmehr werden aber über den Inhalt der dritten Steuernotverordnung und die darin zusammengefaßten Steuerpläne der Regierung Einzelheiten mitgeteilt, die noch weit über alle bisherigen Befürchtungen hinausgehen. Die erwähnte Verordnung ist bereits dem Reichsrat vorgelegt worden und der „Vorwärts" ist in der Lage, ihren Inhalt wie folgt wiederzugeben:

Der Entwurf enthält in seinem § 1 ein generelles Verbot für Gläubiger von Forderungen, die auf Reichsmark lauten, mit Rücksicht auf die Geldentwertung nachträglich eine Erhöhung zu verlangen. § 2 berechtigt die Länder bzw. die Gemeinden im Hinblick auf die mit der Neuregelung des Mietwesens eintretende Steigerung der Mieten von dem bebauten Grundbesitz vom 1. Januar 1924 ab eine besondere Steuer zu erheben. § 3 ermächtigt die Länder, zu diesem Zweck vom Reichsmietengesetz und von der Wohnungsbauabgabe abweichende Bestimmungen zu erlassen. Nach § 4 muß die Steuer so hoch bemessen werden, daß dem Eigentümer vom 1. April 1924 ab mindestens 30 Prozent, vom 1. Juli 1924 ab mindestens 40 Prozent und vom 1. Oktober 1924 ab mindestens 50 Prozent der Friedensmiete verbleiben. Die Länder können für Eigenhäuser und Eigenwohnungen, bei denen eine dingliche privatrechtliche Last am 1. Januar 1919 oder bei späterer Fertigstellung des Gebäudes im Zeitpunkt der Fertigstellung nicht bestanden hat, eine Ermäßigung der Steuer oder Befreiung eintreten lassen.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs sieht eine Besteuerung der Schuldverschreibungen vor, die von natürlichen Personen, Personenvereinigungen und juristischen Personen des Privatrechts ausgegeben sind. Grundkreditanstalten, Schiffsbeleihungsbanken sind davon befreit, ebenfalls solche Schuldverschreibungen, die seit dem 1. Januar 1923 begeben sind. Die Steuer beträgt insgesamt 10 Prozent des Goldmarkbetrages. Sie ist zahlbar in Höhe von 4 Prozent am 1. Februar 1924, und in Höhe von je 2 Prozent am 1. Oktober 1924, 1. April 1925 und 1. Oktober 1925. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes beziehen sich auf den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Wolffs Telegraphenbureau teilt dazu mit: Der von einer Berliner Zeitung auszugsweise veröffentlichte Text der dritten Steuernotverordnung ist, wie wir erfahren, nur ein vorläufiger Entwurf, der den Länderregierungen als Grundlage zu einer Aussprache im Reichsamt über die in Betracht kommenden Probleme mitgeteilt worden ist. Ein Beschluß des Reichskabinetts über den Entwurf einer dritten Steuernotverordnung liegt, wie seinerzeit bekannt gegeben, überhaupt noch nicht vor. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Beschluß nicht unwesentlich von dem Text des Vorentwurfs abweichen wird. Gleichzeitig sei festgestellt, daß von einer Friedensmiete ab 1. Januar gar keine Rede sein kann.

Bürgerblock in Thüringen?

Für die Thüringer Landtagswahlen, deren Termin endgültig auf den 10. Februar 1924 festgesetzt ist, werden die nichtsozialistischen Parteien aller Voraussicht nach mit einer gemeinsamen Einheitsliste den Sozialdemokraten und Kommunisten gegenübertreten. Die Deutsche demokratische Partei Thüringens wird auf einem außerordentlichen Parteitag an diesem Sonnabend in Jena über die Frage der Einheitsliste definitiven Beschluß fassen und sodann die Aufstellung der Landesliste vornehmen. Der Vorsitzende der demokratischen Landesorganisation Thüringens, Professor Dr. Slotty, begründet im „Jenaer Volksblatt" die „Notwendigkeit" einer solchen Einheitsliste; er teilt mit, daß in einer Sitzung zu Weimar am 20. dieses Monats alle anwesenden Vertreter sämtlicher nichtsozialistischen Parteien und fast aller wirtschaftlichen und vaterländischen Verbände sich verpflichtet haben, in ihren Kreisen für die Aufstellung einer solchen Einheitsliste mit aller Entschiedenheit zu wirken.

Die Kroll-Oper.

Der vollendete Umbau.

E. V. Was Oskar Kaufmann aus dem Innern dieses Krollschen „Etablissements" gemacht hat, überrascht, schon als technische Leistung. Nur solch erprobter Theaterbaumann konnte aus all den Schwierigkeiten, Hemmungen, Bellemmungen diese glückliche, sichere, ungezwungene Lösung finden. Wo kommen mit einem Male die breiten Couloirs her und der bequeme Vorraum, woher die vielfachen, getrennten Treppen, und woher vor allem dieser riesenhafte Zuschauerraum mit fast zweieinhalb Tausend Sitzen, das große Orchester, die große Bühne? Wo doch, wie das Auge sieht, im Umriß alles beim alten geblieben ist, wo der Grundriß wesentlich derselbe, wo die Fassade nicht geändert wurde und die Etageneinteilung, durch die Fenster bestimmt, beibehalten wurde. Aus dem alten Kroll ist ein neuer Kroll geworden, ein innerlich neuer, dem alten Körper ist ein neues Herz eingesetzt worden. Hinter der alten, vertrauten Fassade am Königsplatz sitzt ein ganz modernes, allen technischen Anforderungen entsprechendes Theater.

Die Veränderung des Grundrisses bestand darin — der Erbauer hat an dieser Stelle schon selber über die räumliche Umgestaltung gesprochen —, daß der ursprünglich breit vor dem Bühnenhaus gelagerte Saal verschmälert und in der Länge um 3 Meter in den Bühnenraum hineingeschoben wurde. Um diesen Raumverlust auszugleichen, wurde der rückwärtige Teil der Bühne um 6 Meter gegen die Querallee zu vertieft, außerdem wurden zwei Seitenbühnen von je 15½ Meter Länge und 10 Meter Breite angegliedert. Den großen Raum zu gewinnen, war jedoch nur die eine, die technische Aufgabe, ihn zur schönen Wirkung zu bringen, die andere, die der Künstler zu leisten hatte.

Die alte, etwas reichlich verstaubte und muffig gewordene Ballhauspracht ist natürlich verschwunden, auch dekorativ hat das Ganze ein modernes Gesicht bekommen. Man kennt Kaufmanns „Volksbühne am Bülowplatz" in der soliden, ruhigen, volkshausmäßig weihevollen Haltung, und man kennt sein „Theater am Kurfürstendamm" in der graziösen, koketten, spielerisch gelösten Geste. Die Kroll-Oper sollte zugleich ein Volkstheater und ein Staatstheater sein. Es galt, das Schlichte, Gehaltene mit dem Festlichen, Repräsentativen, Geselligschaftlichen zu verbinden. Man kann sagen, daß dies Kaufmann gut gelungen ist. Vor allem aber hat das Ganze diesen schwingend musikalischen Rhythmus, den ein Opernraum haben muß, der ihm erst Weihe und Stimmung gibt. Der Raum, dessen große Ausmaße geschickt kaschiert sind dadurch, daß der zweite Rang ganz über dem ersten zurückgeschoben ist, wirkt behaglich, fast intim, und das rotgestrichene Tannenholz mit seinen ruhigen Flächen, auf die sparsam aber raffiniert die dekorativen Akzente gesetzt sind, gibt dem Ganzen einen wärmenden Ton. Ganz wenige kleine Logen mit grünen Gardinen sind sehr dekorativ in die Wände geschnitten. Geschickt und reizvoll ist vor allem auch der Uebergang vom Zuschauerraum zur Bühne gestaltet, die fast schon kulissenartige Faltung der Holzwände mit den plastischen Ornamenten, die von dem Bildhauer Leschnitzer stammen, und den Lichtkörpern, unter einem leicht angedeuteten Baldachin. Auch die Decke mit dem Gemälde von Cesar Klein und dem leichten ornamentalen Spiel drumherum paßt sich in Stimmung und Rhythmus ein. Diese Stimmung, kann man vielleicht sagen, ist mehr aus Glück und Mozart entsprungen als aus Wagner; es ist der Stil der Spieloper, der für Wagner ein wenig zu spielerisch scheint. Aber die Hauptsache: es ist Stil, es ist Stimmung, es ist Haltung und Phantasie, mit einem Wort: es ist Musik in diesem Opernraum. Und alles dieses ist, in der Not dieser Zeit, mit dem billigsten Material, Tannenholz und Weißblech, gemacht, jedoch ohne daß irgend etwas als Surrogat wirkt.

Daß die technische Einrichtung der Bühne letztes Raffinement ist, ist bei einem Theaterpraktiker wie Kaufmann selbstverständlich. Die Bühne, die hydraulisch nach allen Seiten drehbar ist, hundertfach zerlegbar, die Zentralisation der Lichtschaltungen, der aufrollbare Kuppelhorizont, und was sonst praktische Erfahrung und technische Klügelei an Neuerungen geschaffen.

Der Rahmen ist also fertig. Es ist nun an Herrn v. Schillings, uns mit dem Inhalt nicht zu enttäuschen.

---

i. s. In der Großen Volksoper begannen am zweiten Weihnachtsfeiertag die Gastspiele Walter Kirchhoffs. Als erste Partie sang der Gast den José im Rahmen der hier erst kürzlich gewürdigten „Carmen"-Aufführung mit der Janowska in der Titelrolle. Wie auf dem Konzertpodium war auch hier das ernste Streben nach weicher, lyrischer Tongebung wohl bemerkbar, ohne daß jedoch der rechte Ausgleich schon gefunden wäre. Kirchhoffs Natur und Begabung sind mehr auf das Heroische gerichtet, und erst vom dritten Akt ab konnte die Stimme im alten Glanz erklingen. Dieser José ist gewissermaßen auf dem Umwege über das Militärische entstanden. Es fehlt die Einfachheit und Naivität, an der dieser Bauernbursch zugrunde geht, es fehlen die psychologischen Zusammenhänge, die das Tragische der Figur erst voll zum Verständnis bringen. Die dramatischen Wirkungen des letzten Aktes ließ sich der überlegene Bühnenkünstler selbstverständlich nicht entgehen. Der zweite Gast, Gregor Pirogow sang den Escamillo auf Russisch. Nicht recht ersichtlich ist der Zweck solcher Gastspiele. Man läßt sich einem illustren Künstler zu Liebe wohl eine fremde Sprache gefallen, zumal wenn sie, wie das Italienische, dem Gesange schmeichelt, aber Herrn Pirogows voluminöser Baß ist innerlich klangarm und nicht gerade vornehm gebildet.

Apollotheater.

Emil Ludwig: „Volk und Krone".

F. E. Emil Ludwigs Teil Eins der Bismarck-Trilogie. Großer, sprechender Bilderbogen mit vielen passenden Zitaten. Konfliktszeit bis Düppel; auch der ganze Hof ist feierlich geladen. Erfolg? Ein Teil des Publikums ist still, der andere um so lauter.

XX Dietrich Eckart ist, wie im gestrigen Abendblatt gemeldet wurde, in Berchtesgaden gestorben. Wenn in den letzten Jahren sein Name nur im Verein mit den rohesten Erscheinungen der völkischen Knüppelgarde genannt wurde, so war er doch auf dem deutschen Parnaß einmal zugelassen. Oder er wollte es doch sein und warf sich gleich seinem Gesinnungsgenossen Dinter der Politik erst in die Arme, als die Muse deutlich genug jeden Verkehr ablehnte. Was Dinter später „gedichtet" hat, ist ja nicht mehr Literatur, sondern Konjunkturware niedrigster Sorte, und was Eckart produzierte, war zwar agitatorisch geriffen, aber gerade deshalb doch nur Papier von heute, das morgen Makulatur sein wird.

Vor zwanzig Jahren jedoch hatte Eckart höhere Ziele. Er wagte sich in den Bezirk der dramatischen Kunst, und das Berliner Hoftheater glaubte ihn mit einer falschromantischen Geschwollenheit, mit der Komödie „Der Froschkönig", und mit einer Geschichtsklitterung „Heinrich der Hohenstaufe" in den Dichterstand erheben zu können. Noch Schlimmeres geschah, und das Unrecht, das Eckart beging, ist so groß, daß es auch dem Toten nicht verziehen werden kann. Er wagte, von Ibsens „Peer Gynt" eine „freie Uebertragung" für „die deutsche Bühne" zu verfertigen. Er strich in dem Meisterwerk die Kreuz und Quer, er verlangte, daß gewisse Szenen kinematographisch ausgeführt und in das Drama eingeschaltet würden — und er dichtete eigene Verse hinzu! Es ist unglaublich, aber wahr — und es ist wahr, wenn auch unglaublich, daß das königliche Schauspielhaus diese Untat sehen ließ, wenn auch ohne die gekurbelten Intermezzi.

Dies war der Standpunkt Eckarts zu Ibsen; so viel Achtung hatte er vor dem großen „germanischen Geist". Auch als Kenner Nietzsches wollte er gelten. Als er in einer Wochenschrift einmal ein Zitat las, das seinem völkischen Herzen unbequem war, ließ er sich vernehmen: „So schreibt eine jüdische Kanaille unter dem Namen Nietzsche." Aber das Zitat war echt gewesen, genau so echt wie Eckarts Unwissenheit und die Blindheit seines wahrscheinlich nur aus persönlichen Mißerfolgen entstandenen Hasses.

Th Theaterchronik. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelangt in Abänderung des Spielplans Sonnabend und Sonntag Dario Niccodemis „Tageszeiten der Liebe" zur Aufführung. Silvester wird „Ingeborg" von Kurt Götz mit Kurt Götz, Valerie v. Martens, Margarethe Kupfer, Walter Steinbeck und Siegmund Nunberg in den Hauptrollen gespielt.